

- 5. SEP 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/201 - 3. September 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Alles nach Cadenabbia</u> Entschlusslose CDU - Kernfragen der Innenpolitik werden auf die lange Bank geschoben Von Franz Barsig	74
3 - 4	<u>Hintergründe der SPD-Aktionen</u> Pankows Furcht vor der Sozialdemokratie Von Kurt Mattick, MdB	83
5 - 6	<u>Ostblock hilft nicht beim Eichmann-Prozess</u> Prozessbeginn nicht vor April	65
7	<u>Belgrad und Pankow</u> Wachsende Unstimmigkeiten	23
7	<u>Krach in der CDU-Recklinghausen</u> Scharfe Erklärung von elf Ratsmitgliedern	18

* * * * *

Alles nach Cadenabbia

Von Franz Barsig

Während es in Bonn den Anschein hat, als wären die innenpolitischen Diskussionen erstarrt, ist es im weiten Lande ganz anders. Die Menschen sind nach wie vor am Thema Krankenversicherungsreform interessiert, der berühmte Lücke-Mieterhöhungsplan erobert viele Hausväter, und in den Betrieben wird recht munter darüber diskutiert, wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle nun endgültig geregelt werden soll. Aber das alles scheint das offizielle Bonn nicht zu erreichen, hier gilt die Losung: nach Cadenabbia.

Nun, in der Sache wird man nicht viel daran ändern können, daß die ersten Entscheidungen erst Ende des Monats heranzreifen, aber zur Sache selbst sollte man doch jetzt schon einiges sagen. In der Krankenversicherungsreform haben wir uns noch gerade an den unmöglichen Zustand gewöhnt, daß dem Bundestag ein Gesetzentwurf vorliegt und die zuständigen Parlamentsausschüsse damit befaßt sind, trotzdem aber auf allen möglichen außerparlamentarischen Ebenen so verhandelt wird, als wenn es ein Parlament nicht gebe. Die Bevölkerung aber ist des Tauziehens müde. Sie wünscht endlich eine Entscheidung. Entweder die CDU gibt das ganze System der sogenannten Selbstbeteiligung auf, wie es die Opposition wünscht, die die sozialen Verbesserungen in einem sogenannten Vorschaltgesetz sichern möchte, wobei sie dann allerdings damit rechnen muß, daß sie auf schärfste Opposition stoßen wird, ganz gleich, wie die Einzelheiten der Selbstbeteiligung kaschiert werden. Aber die CDU soll sich endlich entscheiden. Sie hat die Mehrheit, und sie muß wissen, was sie will.

Offenbar weiß sie es jetzt noch nicht, denn die geplante Sitzung der Fraktionsexperten ist abgesagt und die Entscheidung auf die Parteivorstandssitzung nach dem Cadenabbia-Urlaub des Bundeskanzlers vertagt worden. Nun kann man sich - je nach Veranlegung - über die Unfähigkeit der CDU, sich zu entscheiden, freuen oder ärgern. Aber wir haben es einfach satt und wünschen - damit ist sich die SPD sicherlich mit der Bevölkerung einig -, daß endlich eine Entscheidung erfolgt, mit der man sich nachher auseinandersetzen kann. Der Kranke Mensch braucht den Arzt und braucht Heilung und nicht die Fortsetzung eines Nervenkrieges, der jetzt schon über zwei Jahre dauert.

Ähnlich ist die Unfähigkeit der CDU, in der Frage der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle eine Regelung zu treffen. Hierüber geht es sogar schon seit dem Jahre 1956 im ewigen "Hü" und "Hott".

3. September 1960

Der Stuttgarter Parteitag 1956 hat nämlich schon beschlossen, die Bundesregierung zu bitten, für Arbeiter in der Lohnfortzahlung ein gleiches Recht - wie für Angestellte - zu schaffen. 1960 wurde in Karlsruhe die- selbe Entscheidung wortwörtlich wiederholt, und jetzt haben wir nach vier Jahren erneut ein Durcheinander in der CDU zu verzeichnen, denn nach den letzten Meldungen soll diese Frage von der Krankenversicherungs- reform getrennt werden, weil man sich nicht einig ist, und das Tauziehen geht darum, ob man nicht doch wieder einen Karenztag abknappen kann. Auch bei den Mietbeihilfen hat sich das Bundesarbeitsministerium nicht gerührt, obwohl das Durcheinander groß genug ist.

Von allen diesen Dingen aber, die es wirklich zu entscheiden gilt, will man ablenken, und so gehört es zu den Plänen der CDU-Wahlkampf- strategen, die Sitzung des Vorstandes der CDU Ende September dazu zu be- nutzen, um erneut in die Notstandsfanfare zu blasen. Mit dem völlig un- möglichen Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums zur Regelung von Ausnahmefällen will man so operieren, daß man der SPD nachzuweisen wünscht, sie habe gar nicht die ernste Absicht, in Notsituationen dem Lande zu helfen. Vielleicht kann man dieser Masche einen Riegel vorschie- ben, indem man von vornherein darauf hinweist, daß die SPD zu Gesprächen über eine vernünftige Regelung, die allerdings wenig mit dem Schröder'- schen Gesetzentwurf gemein haben kann, immer bereit war. Die im Dezember 1959 erfolgte Einladung zu solchen Gesprächen hat der Fraktionsvorstand der SPD schon am 8. Dezember 1959 positiv beantwortet. Die drei Bespre- chungen, die später erfolgten, verliefen so, daß ein weiteres Verhandeln jederzeit möglich gewesen wäre. Aber seit dem 16. März 1960 hat die CDU sich nicht mehr gerührt, obwohl die SPD schriftlich und mündlich sechsmal mitgeteilt hat, daß sie zur Fortsetzung der interfraktionellen Bespre- chungen bereit sei. Vielleicht sollte die CDU die entsprechenden Daten in ihre Erinnerung zurückrufen, bevor sie auf diesem Gebiet eine neue Kampagne der Unwahrhaftigkeit beginnt.

Aber wir werden es nach Cadenabbia ohnehin vorwiegend damit zu tun haben, daß die CDU solchen Entscheidungen ausweicht und sich vorwiegend auf dem Gebiete der Phraseologie und der Propaganda bewegt. Dieses Kon- zept kann ihr nur verdorben werden, wenn man sie immer und immer daran erinnert, daß es nach Cadenabbia in der Sache Entscheidungen zu treffen gilt, denen die Kanzlerpartei trotz ihrer absoluten Mehrheit seit Jahr und Tag ausweicht.

Hintergründe der SED-Aktionen

Von Kurt Mattick, MdB

In einem Vorwort zu Scheuers Buch "Von Lenin bis ..." - Geschichte einer Konterrevolution - schreibt Benedikt Kautsky:

"Noch niemals ist in der Geschichte die Wahrheit so systematisch unterdrückt und entstellt worden, wie das in den vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft in Russland geschehen ist. Es gibt dafür keinen besseren Zeugen als den heutigen Generalsekretär der russischen KP und den mächtigsten Mann im gesamten kommunistischen Raum, Chruschtschow, der die Lügen und Entstellungen Stalins und seiner Helfershelfer in seiner berühmten Geheimrede auf dem XX. Parteitag der russischen KP heftig anklagte. - Freilich ohne selbst die volle Wahrheit zu gestehen".

In einem internen Gespräch zwischen einigen jüngeren Sozialdemokraten und den Verfechtern der Zwangsvereinigung in den Jahren 1945/46 erklärte Helmut Lehmann (er ist inzwischen verstorben) auch für Otto Grotewohl, Karl Litke, Otto Buchwitz und andere, indem er für die Zwangsvereinigung Stellung nahm:

"Ihr könnt machen, was Ihr wollt. Wir haben jetzt zwölf Jahre beiseite gestanden. Die Russen werden die massgebliche Macht Europas auf lange Zeit. Wenn wir noch einmal zwölf Jahre warten, sind wir zu alt. Folglich machen wir mit".

So unterwarfen sich also Grotewohl, Friedrich Ebert und andere nicht aus Überzeugung, sondern aus niedrigstem Opportunismus der Zwangsvereinigung und liessen die Sozialdemokraten in dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands im Stich.

Nun müssen sich Grotewohl und Ebert nach vierzehn Jahren - nur sie wurden bisher in der neuen Herrschaftsklasse in führenden Stellungen geduldet - im Auftrage des ZK mit dem Sozialdemokratismus in der Zone auseinandersetzen. Sie haben längst die kommunistischen Methoden übernommen, bedienen sich der Lüge und verteidigen ihren Verrat.

Grotewohl trat in Dresden als Ankläger auf und enthüllte dabei ungewollt die wirkliche Lage in der Zone. Er musste zugaben, dass selbst in der SED die Westorientierung und der Drang nach Freiheit "gefährliche" Grösse angenommen hat. Nach vierzehn Jahren ist es trotz Unterdrückung jeder Meinungsfreiheit nicht gelungen, die Sozialdemokratie aus der Meinungsbildung auszuschalten. Dresden aber ist nur ein Beispiel.

Der "Oberbürgermeister" des Ostsektors von Berlin, Friedrich Ebert, wird gegenwärtig besonders gezwungen, sich selbst zum Hanswurst

zu machen. Er hat sich in einen Teil unserer Stadt vor der Sowjetunion auf den Bürgermeisterstuhl setzen lassen im Angesicht der Tatsache, dass seine Partei, die SED, kurz vorher bei einer echten freien Wahl ganze 19 Prozent erhalten hat.

Nach der Spaltung unserer Stadt versprach er bald freie Wahlen. Darauf warten die Berliner nunmehr seit 1948. Ebert weiss, dass ihn diese freien Wahlen hinwegfegen würden, obwohl er mit Hilfe sowjetischer Macht jede Meinungsfreiheit seit 12 Jahren unterdrückt.

Aber weder Grotewohl noch Friedrich Ebert finden Gehör bei den Massen in der Zone. So ist die Kommunistische Partei Deutschlands genau in die Lage gekommen, die der Kommunist Djilas in seinen Betrachtungen über die neue Klasse vorausgesehen hat, wenn er sagt:

"Jede Klasse oder genauer jede politische Bewegung ist um so weniger kritisch, als sie ihre Interessen, Konzeptionen, Moral, Ideale usw. als Wünsche und Interessen "der ganzen Gesellschaft" (oder "des Volkes") ausgibt. Und dieses mangelnde Kritikvermögen zeigt sich, wie wir wissen, sobald die Klasse (die Bewegung) mit der objektiven Entwicklung, das heisst mit den Wünschen, dem Bewusstsein und mit dem Leben der Massen in Konflikt gerät".

Und dieser Konflikt wird so lange anhalten, wie die Demokratie in der Zone zu Gunsten der neuen herrschenden Klasse unterdrückt wird. Um sich selbst zu halten, Vorrechte und Macht zu sichern, müssen Konterrevolution und Kriegstreiber als Phantom gesucht werden, weil - und so sagt wiederum Djilas -

"die bürokratischen Kräfte ihre Tyrannei und ihre Herrschaft über das Volk eben mit der "Gefahr der Konterrevolution" rechtfertigen, obwohl es gerade ihr Druck und ihre Despotie sind, die den Widerstand und die Unzufriedenheit des einfachen Arbeiters hervorrufen".

Auf diesem Hintergrund muss man den Kampf gegen die Sozialdemokratie sehen. Auf diesem Hintergrund muss man die Absicht sehen, die Sozialdemokratische Partei im Ostsektor zu zerschlagen. Auf diesem Hintergrund muss man die neuen Massnahmen gegen jede freie Begegnung der Menschen aus Ost und West sehen. Nachdem auch für die SED klar wird, dass die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik eine echte Chance haben, Adenauer abzulösen, werden Hetze und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie und ihre führenden Persönlichkeiten in einem unvorstellbaren Maße verstärkt.

Ein Wahlerfolg der Sozialdemokraten wäre für die Kommunistische Partei in der Zone verhängnisvoll, weil die Diskussion um Freiheit und Wiedervereinigung neue, für sie gefährliche Fährten erhalten würde. So muss vorbeugend die Sozialdemokratie auf die Ebene der Kriegstreiber und Faschisten in der Propaganda der SED gelenkt werden.